

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Kommandantenstr. 80 · 10117 Berlin

Nachbarschaftsrat KMA II e.V.

Anja Malcharowitz  
Vorsitzende

Karl-Marx-Allee 39  
10178 Berlin

**Nina Stahr und Werner Graf**

Landesvorsitzende

Landesgeschäftsstelle  
Kommandantenstr. 80  
10117 Berlin

Tel.: +49 (30) 61 50 05 – 0

Fax: +49 (30) 61 50 05 – 99

landesvorsitzende@gruene-berlin.de

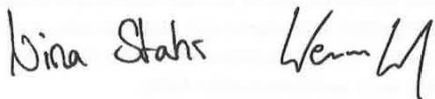
Berlin, 26. August 2021

## **Wahlprüfsteine Nachbarschaftsrat KMA II e.V.**

Sehr geehrte Frau Malcharowitz,

vielen Dank für Ihr Interesse an BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin. Gerne beantworten wir Ihre Wahlprüfsteine. Sie finden unsere Antworten im beigefügten Schreiben.

Mit freundlichen Grüßen



Nina Stahr und Werner Graf  
Landesvorsitzende

## WPS Nachbarschaftsrat KMA II e.V.

**1. Welche politischen Grundsätze wird Ihre Partei, werden Ihre künftigen Fraktionen im Abgeordnetenhaus und in den Bezirksverordnetenversammlungen vertreten, um die Umgestaltung der Stadt und speziell des Quartiers KMA II sozial gerecht und im Interesse derer, die hier leben, voranzutreiben?**

Wir brauchen dringend eine soziale und ökologische Stadtentwicklung. Das funktioniert am besten, wenn Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft an einem Strang ziehen. Wir wollen die Stadt und ihre Kieze weiter zusammen mit den Berliner\*innen gestalten und den Austausch von Ideen für eine gemeinwohlorientierte, lebenswerte Stadt für alle systematisch fördern, etwa durch integrierte städtebauliche Entwicklungskonzepte (ISEK), eine regelmäßige Bezirksentwicklungsplanung, städtebauliche und architektonische Wettbewerbe, die partizipative Umsetzung von Projekten im Kiez und Stadtdebatten für besondere Orte. Beispiele sind der weitere Umbau des öffentlichen Raums, die Einrichtung von Begegnungszonen oder der Aufbau von Quartiersmittelpunkten. Plätze und Grünanlagen müssen so gestaltet sein, dass sie verschiedene Nutzungsgruppen ansprechen und das Miteinander fördern. Unser Ziel ist es, entsiegelte Freiflächen zu erhalten. Dafür setzen wir auf integrierte Konzepte zur Nachverdichtung der Gesamtstadt und ihrer Kieze und den Bau von flächensparenden Geschosswohnungen statt auf neue Einfamilienhaussiedlungen. Wenn die Stadt wächst, muss auch das Grün mitwachsen. Deshalb wollen wir Dächer und Fassaden begrünen, beim Bau neuer Stadtquartiere möglichst wenig Boden versiegeln und ausreichend Grünflächen ausweisen.

Unsere Wohnquartiere der Zukunft, neu geplante und schon bestehende, bieten Platz für Wohnen, Pflege, Nachbarschaft, Arbeiten, Bildung, Gewerbe, Freizeit, Kultur und Naherholung. Die Wege zu Bildungs- und Kultureinrichtungen, zur Naherholung und für die Versorgung sind kurz und die Anbindung ist so gut, dass niemand ein Auto braucht. Das erhöht nicht nur die Lebensqualität, sondern ist auch gut fürs Klima.

Wir werden die Bezirke personell und finanziell dabei unterstützen, integrierte städtebauliche Entwicklungskonzepte für Stadtumbau, Sicherung und Erweiterung des Baubestandes, Infrastrukturbedarfe und -standorte, Klimaschutzmaßnahmen, Grün- und Straßenumbau zu entwickeln. Dies wird mit Bürger\*innenbeteiligung, wirklicher Partizipation bei Planung und Umsetzung und diversitätssensiblen Mitwirkungsstrategien verbunden. Neue Quartiere müssen von Anfang an gemeinwohlorientiert, autofrei, klimaneutral und ressourcenschonend geplant werden.

Die Kieze und Quartiere sind der Puls der Stadt. Deshalb wollen wir dort die Mitbestimmung stärken und den Austausch zwischen Nachbar\*innen fördern. Die

Umsetzung der Bürger\*innenbeteiligungsleitlinien in der räumlichen Stadtentwicklung soll vorangetrieben und durch beispielhafte und weithin sichtbare Projekte verankert werden. Die Bezirke werden dabei unterstützt, eigene Beteiligungsleitlinien aufzustellen, um die Beteiligung vor Ort auszubauen. Mit stadtteilnaher Bürger\*innenbeteiligung unterstützen wir die Vernetzung von Anwohner\*innen und das demokratische Gemeinwesen. Alle Berliner\*innen sollen stärker ihr Lebensumfeld, sei es in ihrem Wohnumfeld oder in der Stadt, aktiv mitgestalten können. Unzureichende Kenntnisse der deutschen Sprache sollten dabei keine Hürde darstellen. Über die Bezirke sollen hierfür ausreichend finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Initiativen und Bürger\*innen, die ihren Kiez verändern wollen, wollen wir bei der Umsetzung von Spiel-, Fahrrad- oder Klimastraßen sowie beim Ausprobieren und lebendigen Gestalten von verkehrsberuhigten Kiezblocks stärker unterstützen, beraten und vernetzen. Dafür brauchen wir Anlaufstellen vor Ort in den Bezirksämtern.

**2. Wie wollen Sie gewährleisten und mit welchen Maßnahmen wollen Sie konkret dafür sorgen, dass bei allen baulichen, infrastrukturellen Maßnahmen und beim Umgang mit dem vorhandenen Grün, bzw. Ausbau der Grünflächen ein klimagerechter Umgang gewährleistet ist und das Ziel einer klimaneutralen Metropole mitgedacht wird?**

Klimagerechter Umgang bedeutet für uns, dass Grünflächen der Artenvielfalt dienen, dass Fassaden und Dächer begrünt werden und das Regenwasser möglichst vor Ort aufgefangen und gespeichert oder versickert wird. Für die Nutzung erneuerbarer Energien, z.B. Solarstrom, wollen wir Photovoltaik auf allen Berliner Dächern installieren. Zwar könnten in der KMA Denkmalschutzgründe dagegen sprechen. Ein Vorrang des Klimaschutzes ist jedoch nicht ausgeschlossen.

Seit den 1990er Jahren besteht das Instrument der Landschaftspläne für umweltgerechte, ökologische Maßnahmen im Bezirk Mitte. Darin werden neue Bauprojekte mit einem Biotopflächenfaktor bewertet und zu mehr Grün auf Dächern und in Freiflächen verpflichtet. Wir treten dafür ein, die begonnenen Landschaftspläne fertigzustellen und im Bezirksamt mehr Personal für deren Umsetzung und Kontrolle einzusetzen.

In seiner Sitzung vom Dienstag, 11. August 2020 hat das Bezirksamt Mitte den Klimanotstand anerkannt und ist damit einer Aufforderung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) nachgekommen. Diese hatte den Klimanotstand im Januar durch Einbringung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zugestimmt und einen umfangreichen Beschluss gefasst, der dem Klimaschutz Priorität einräumt.

Das BA Mitte ist dem Beschluss nachgekommen und hat eine Klimaschutzbeauftragte eingestellt, deren Aufgabe darin besteht öffentliche Maßnahmen auf die bestmöglichen

Klimaschutzziele hin zu überprüfen. Das Bezirksamt wird bei der Beurteilung seiner Entscheidungen und bei Ersuchen der BVV künftig die Klimaverträglichkeit prüfen und die klimafreundlichste Alternative wählen. Die Klimaschutzbeauftragte erstellt dafür einen Bewertungsleitfaden. Ferner ist geplant, jährlich ein Klimasymposium durchzuführen, bei dem ein Austausch zu allen klimarelevanten Maßnahmen und bezirklichen Klimaschutzvorhaben im Bezirk stattfinden soll.

**3. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass vorhandenes Grün (vor allem der Baumbestand) im Quartier künftig besseren Schutz und größere Achtung erfährt, wenn es um Maßnahmen des Neubaus, der Verdichtung und des Umbaus der Infrastruktur geht?**

Wir hätten bereits in dieser Legislatur gerne die Baumschutzverordnung novelliert, um einen besseren Schutz von Bäumen bei Neubau und Verdichtung zu gewährleisten. Diese Novellierung hätte auch bedeutet, dass die Bezirksamter mehr Möglichkeiten gehabt hätten, Baumfällungen zu verhindern. Zudem hätten wir Bündnisgrünen gerne die Zahl der Ersatzpflanzungen für einen gefälltten Baum deutlich erhöht. Leider wurde dieses Vorhaben von unseren Koalitionspartner\*innen blockiert. Wir hoffen, dieses Vorhaben jedoch in der kommenden Legislaturperiode umsetzen zu können.

**4. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass bereits bei der Planung von Baumaßnahmen Klimaschutzmaßnahmen, wie Photovoltaik, grüne Dächer und Fassaden, Regenwassermanagement u.a. mitgedacht und mitgeplant werden?**

Bei baulicher Nachverdichtung mit Wohngebäuden, Schulen, Kindergärten oder anderen Baulichkeiten achten wir auf eine möglichst geringe Versiegelung. Dafür haben wir das Konzept "mehr hoch als breit" entwickelt, das z.B. besagt, dass Schulgebäude fünf Geschosse haben können und nicht nur drei. Damit sparen wir Versiegelung und haben mehr Frei- und Grünflächen. In ganz Berlin wollen wir, dass neue Gebäude wenig CO<sub>2</sub>-Ausstoß verursachen. Das gilt beim Bau, im Betrieb und beim eventuellen Abriss. Im Wahlprogramm haben wir einen Vorrang für nachwachsende Baustoffe beschlossen. Wir wollen, dass mindestens 50% der neuen Schulen und 30% der Wohngebäude der Landesgesellschaften im Holzbau entstehen.

All diese Elemente sollen bei Planungsprozessen berücksichtigt werden. Die öffentliche Hand (Senat und Bezirke) ist hierzu bereits bei den eigenen Vorhaben verpflichtet, für Private planen wir entsprechende Regelungen. So z.B. in der Bauordnung, wo aktuell eine Novelle mit der Pflicht zur Begrünung der unbebauten Grundstücke im Geschäftsgang ist. Auch Nistmöglichkeiten für Vögel und Schutz vor Lichtverschmutzung stehen dabei auf der Liste.

**5. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass die Leitlinien zur Bürger:innenbeteiligung im Quartier umgesetzt werden, in welcher Form und mit welchen verstetigten Formaten wollen Sie künftig die Interessenvertretungen der Nachbarschaft in Planung und Entscheidungsfindung einbeziehen?**

Wir wollen die Beteiligungsmöglichkeiten weiter ausbauen. Im Rahmen der Berliner Leitlinien zur Beteiligung von Bürger\*innen an der räumlichen Stadtentwicklung konnten vor kurzem zwei langjährige Grüne Forderungen umgesetzt werden: die Veröffentlichung einer Bauvorhabenliste und die Einrichtung einer Anlaufstelle für Bürger\*innenbeteiligung.

Für die einzelnen Projekte wollen wir verbindliche Beteiligungskonzepte entwickeln. Auch bei privaten Bauvorhaben werden wir uns weiterhin für eine umfassende Bürger\*innenbeteiligung einsetzen. Dabei wollen wir die formalen Beteiligungsverfahren im Rahmen von Bebauungsplanverfahren stärker bewerben und bei Investor\*innen darauf hinwirken, dass Verfahren entsprechend der Leitlinien zur Beteiligung organisiert werden.

Darüber hinaus sollen alle genehmigungspflichtigen Bauanträge – auch solche ohne vorgeschriebene Beteiligungsverfahren – zeitnah über die Open-Data-Plattform des Landes Berlin zugänglich gemacht werden. Partizipation soll sich aber nicht auf Bauvorhaben beschränken. Das mit Grüner Unterstützung etablierte Beteiligungsbüro wollen wir dazu nutzen, auch Beteiligung in anderen Bereichen intensiver und besser zu gestalten.

Als neues Instrument der Beteiligung wollen wir Bürger\*innenräte einrichten, in denen sich zufällig geloste Menschen aus dem Bezirk an Entscheidungsprozessen – etwa zur Definition und konkreten Umsetzung lokaler Klimaschutzziele – mitwirken können. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen wollen wir besonders stärken und sie auch explizit als Akteur\*innen in Beteiligungsverfahren der Stadtentwicklung einbeziehen.

**6. Was werden Sie unternehmen, um Wohngebiete, wie KMA II vor Lärm- und Schadstoffemissionen zu schützen? Welche Vorstellungen haben Sie in Bezug auf künftige Verkehrsplanungen und den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs? Werden Sie zu**

**verhindern versuchen, dass die Berolinastraße im Zuge des Umbaus des Hauses der Statistik zu einer Hauptverkehrsstraße umgebaut wird?**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass Gebiete wie das Gebiet KMA II auch mit einem neuen Haus der Statistik verkehrsberuhigt bleiben. Die Planung soll von vornherein Anfahrten nicht per Auto, sondern mit dem Fahrrad oder dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) vorsehen, der sehr gut angebunden ist. Einen Umbau der Berolinastraße zu einer Hauptverkehrsstraße halten wir für ausgeschlossen.

Unser politisches Ziel ist es, in Wohngebieten Begegnungs- und Aufenthaltsorte sowie den Rad- und Fußverkehr zu stärken. Wir setzen uns dafür ein, bis 2026 mindestens 25% der PKW-Parkplätze in Rad- und Lastenradstellplätze, in gemeinschaftlich nutzbare Kleingrünflächen und Kleingewerbeflächen bezogen auf den Bezirk Mitte umzuwandeln. Das soll auch Grundsatz im Bereich des Gebietes KMA II werden.

Sichere, barrierefreie Querungen sollen überall möglich sein, und das Fußwegenetz weiterentwickelt werden. Wir wollen dem Radverkehr mehr Raum geben und verkehrsberuhigte Zonen schaffen. Dafür bauen wir die bestehende Straßeninfrastruktur um, richten weitere geschützte Radwege, Fahrradstraßen und Busspuren auf den Hauptverkehrsachsen ein. Mit dem Programm Jobrad werden wir Unternehmen und ihre Mitarbeiter\*innen darin unterstützen, das Rad zum Arbeitsplatz zu nutzen.

Den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) stärken wir weiter als Rückgrat des Berliner Verkehrs und werden ihn noch klimafreundlicher, leistungsfähiger und zuverlässiger machen, durch Erhalt und den weiteren Ausbau von (Schnell-)Bus-Linien, neue und moderne Züge und Busse, und die Verlängerung des Straßenbahnnetz um ein Drittel – bspw. zum Ostkreuz, und bald auch vom Alexanderplatz zum Potsdamer Platz. Ein emissionsfrei betriebener ÖPNV-Fuhrpark, sichere, bequeme und nachhaltige Bahnhöfe und Haltestellen, und deutlich günstigere Tarife machen den ÖPNV noch attraktiver. Ergänzend werden wir Mobilitätsstationen für Carsharing, Bikeshaing, Fahrräder und Lastenräder an ÖPNV-Haltestellen errichten.

**7. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass beim Umbau und Neubau des Projektes Haus der Statistik die Verkehrserschließung nicht zu Lasten der Anwohner:innen anliegender Quartiere geht?**

Grundsatz unserer verkehrspolitischen Bestrebungen ist, den motorisierten Individualverkehr (MIV) generell signifikant zu reduzieren, indem wir für die Bürger\*innen attraktive Alternativen anbieten. Entsprechend soll die Verkehrserschließung in erster Linie mit dem Fahrrad und dem ÖPNV erfolgen.

Beim Umbau/Neubau des Haus der Statistik wollen wir die Erschließung mit nachhaltiger Mobilität von vornherein priorisieren, und bspw. über Stellflächen und Mobilitätsstationen

für Radverkehr und Sharing-Modelle die Anreise per Rad oder ÖPNV in den Vordergrund stellen.

Zudem wollen wir den Durchgangsverkehr aus den Kiezen heraushalten. Unsere Idee ist es sukzessive verkehrsberuhigte Kiezblocks einzurichten, die im Dialog mit den Kiezbewohner\*innen und Gewerbetreibenden entwickelt werden. Deren Umsetzung soll durch ein Programm zur Finanzierung von Planung und Umsetzung, einen zentralen Leitfaden, klare Zuständigkeiten und ausreichende Ressourcen vereinfacht werden. PKW-Straßen wollen wir zu Spiel- und Fahrradstraßen umbauen.

Das Pilotprojekt in der Friedrichstraße zeigt, dass öffentlicher Straßenraum gerecht umverteilt werden kann. Solche Verkehrsversuche wollen wir in den kommenden Jahren in immer mehr Wohnquartieren einrichten, Umsetzungsprozesse stark abkürzen und gleichzeitig die Anwohner\*innen von Anfang an beteiligen. Wir setzen uns für Dialog und Interessensausgleich ein. Das soll im Bereich der KMA II durch einen Dialogprozess aller Akteur\*innen und Interessensgruppen gemeinsam mit der Bezirks- und Landespolitik und den zuständigen Verwaltungen erfolgen.

**8. Was gedenken Sie zu tun, um das Freizeitangebot, jenseits kommerzieller Nutzungen, für verschiedene Altersgruppen zu erhöhen, Treffpunkte zu schaffen, die als Orte für bürgerschaftliches Engagement, Selbstorganisation, Beratungs- und Hilfsangebote, und gemeinsame Freizeitgestaltung zur Verfügung stehen?**

Wir wollen die Kiezkultur strukturell stärken. Bei der Erstellung neuer Bebauungspläne und der Planung von neuen Quartieren stellen wir durch Bildungscampusse sicher, dass eine Grundversorgung an Kultur und außerschulischer Bildung eingeplant wird. Bei der Umgestaltung und Entsieglung von städtischen Plätzen wollen wir die Einrichtung öffentlicher Bühnen, Tanzflächen und Speakers' Corner prüfen. Wir setzen uns für Räume ein, in denen Platz für Initiativen und Ideen aus der Bürger\*innenschaft geschaffen wird. Neue Angebote der Volkshochschule, ehrenamtlich organisierte Computerkurse und Bildungsangebote sowie mehr Raum für Kunst und Kultur oder einfach dafür, unkompliziert im Kiez etwas auf die Beine zu stellen, ergänzen nicht nur das öffentliche Angebot, sondern stärken unsere Zivilgesellschaft und unseren Zusammenhalt. Wir wollen allen Menschen ermöglichen, einen Raum zu finden, sich künstlerisch auszuleben, auch jenen, die nicht die Kriterien des Atelierförderprogramms erfüllen. Vor allem solselbstständige Kreativ-/Kulturschaffende und Künstler\*innen wollen wir durch die Einrichtung einer kostenfreien Förder- und Beratungsstelle unterstützen. Wir möchten selbstverwaltete Jugendzentren fördern. Treffpunkte schaffen Teilhabe für viele Menschen und sind wichtige Rückzugsorte, in denen Bildungsarbeit und Kultur gefördert wird. In den letzten Jahren wurden viele Projekte aufgelöst. Dies möchten wir in Zukunft verhindern, indem wir für autonome Jugendprojekte gleichberechtigt Flächen zur Verfügung stellen. Kollektive Freiräume

bringen eine solidarische Nachbar\*innenschaft und stärken unsere Demokratie. Darüber hinaus bieten sie besonderen Schutz für Frauen, Inter und Transpersonen, sowie Menschen mit Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen.

**9. Was wollen Sie für die Verbesserung der wohnortnahen, ambulanten medizinischen Versorgung im Quartier tun?**

Gesundheit entsteht im Alltag – dort, wo Menschen leben, arbeiten, zur Kita oder zur Schule gehen und wo sie ihre Freizeit verbringen. Doch in unserem aktuellen Gesundheitssystem werden viel zu selten die verschiedenen Lebenssituationen der Menschen und ihre spezifischen Bedürfnisse berücksichtigt. Wir sind überzeugt, dass integrierte, lokale, interprofessionell und mehrsprachig ausgerichtete Gesundheitszentren die wohnortnahe und ambulante medizinische Versorgung vor Ort verbessern können. Ein gutes Beispiel hierfür ist das Gesundheitskollektiv (GeKo) im Rollbergkiez: Hier arbeiten verschiedene Berufsgruppen zusammen und treten gemeinsam mit den Menschen im Kiez für die Gestaltung gesundheitsförderlicher Lebenswelten ein. Behandlungen erfolgen disziplinübergreifend, auf Augenhöhe mit den Behandelten und angepasst an die Bedürfnisse der Anwohner\*innen im Kiez.

**10. Was gedenken Sie in Bezug auf bereits privatisierte und der Öffentlichkeit entzogene Orte, wie Café Moskau, Babette, MokkaMilchbar zu tun?**

Die Instrumente des Denkmalrechts, Kontrollen im Bau- und Sanierungsrecht und ein wachsames Auge auf die Nutzung und eventuelle Veränderungen sollen konsequent weitere Verluste an Öffentlichkeit und denkmalgeschützter Bausubstanz verhindern.

**11. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Schillingstraße, die gegenwärtig umfangreich umgestaltet wird, als Boulevard erhalten bleibt und für die Bürger:innen eine hohe Aufenthaltsqualität haben wird?**

Unsere Vision ist ein Berlin voller grüner Oasen und kühlen Entlastungsräumen, von begrünten Haltestellen und schattenspendenden Alleen mit Pocketparks, Kanälen, grünen Dächern und begrünten Fassaden. Boulevards mit Aufenthaltsqualität sind dabei von zentraler Bedeutung. Hier ist Raum für Menschen, für nachhaltige Mobilität und Freizeitgestaltung direkt im Kiez.



Wir orientieren uns bei der Gestaltung der Stadt an den Bedürfnissen der Menschen - wie gutes Klima, gute Luft, Spiel- und Sportflächen. Dafür haben wir bereits damit begonnen, die begrenzten Flächen in der Stadt gerechter zu verteilen. Wir haben Straßenräume, die vormals ausschließlich Autos vorbehalten waren, für Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen geöffnet. Damit nehmen wir alle Berliner\*innen in den Blick, die sich kein eigenes Auto leisten können oder wollen, und schützen dabei das Klima.

Ebenso wichtig ist uns der Ausbau unseres Stadtgrüns. Viel Grün in den Straßen bedeutet Lebensqualität für die Bewohner\*innen. Denn es kühlt in heißen Sommern unsere Stadt, ist Lebensraum für viele Tiere und binden CO<sub>2</sub>. Wir wollen auch weiterhin die Bewässerung und das Pflanzen von Straßenbäumen verbessern. Dazu stärken wir Straßen- und Grünflächenämter besser aus, bauen die notwendige Infrastruktur aus und bringen unsere Schwengelpumpen wieder in einen funktionsfähigen Zustand, um das Bewässern unserer Straßenbäume zu erleichtern. Unser Ziel ist es, die durch Bauprojekte, Klimaschäden oder Alterung verloren gegangenen Bäume zeitnah durch neue Bäume zu ersetzen und gleichzeitig durch Pflanzungen den Baumbestand in Berlin deutlich zu erhöhen. Bäume, die gefällt werden mussten, werden durch vier junge Bäume ersetzt oder durch vergleichbare Maßnahmen kompensiert. Die laufende Stadtbaumpflanzungskampagne des Senats wollen wir über das Jahr 2021 hinaus fortführen, um das Spenden für Straßenbaumpflanzungen zu ermöglichen. Dabei wollen wir vermehrt Baumarten anpflanzen, die an die klimatischen Veränderungen des 21. Jahrhunderts möglichst gut angepasst sind.

**12. Was gedenken Sie zu tun, um bessere Bedingungen und Voraussetzungen für gelungene Integration von Menschen mit Migrationshintergrund zu schaffen und dabei auch Einfluss auf Kommunale Wohnungseigentümer zu nehmen, sich mehr als bisher um sozialen Zusammenhalt und integrative Maßnahmen zu bemühen?**

Berlin zeichnet sich durch seine vielfältige und solidarische Gesellschaft aus. Wir möchten diese bewahren und uns dafür einsetzen, dass unsere Stadt für ganz unterschiedliche Menschen ein attraktiver Lebensmittelpunkt ist. Solidarität und Gemeinsinn sind dafür genauso wichtig wie eine gut ausgestattete soziale Infrastruktur, die allen Menschen gleichermaßen zugänglich ist. Deshalb treten wir ein für langes gemeinsames Lernen an vielfältigen Schulen und wollen Diskriminierung beenden. Wir werden die Fraueninfrastruktur stärken und eine Erinnerungskultur im (post)migrantischen Bezirk etablieren. Wir wollen Gewalt gegen Frauen und LSBTIQ\* bekämpfen und die kulturelle Vielfalt und Freiräume retten. Kommunale Wohnungseigentümer haben aus unserer Sicht die Verantwortung, Räume für die Selbstorganisationen, Vereine und Kultur bereit zu stellen.